

Alternativ · informativ · heimatverbunden



NACHGEHAKT

Zeitschrift des Landtagsabgeordneten André Barth **Nº 4/2024**



**Die Landtagswahlen am 1. September 2024 -
Wahlauf Ruf zur Landtagswahl in Sachsen**

2



4

**Kretschmer: rechts blinken,
links abbiegen!**



9

**Wenn die Brandmauer
bröckelt, die Demokratie
jedoch trotzdem verliert**



10

AfD wirkt ...und wirkt



Wahlaufruf zur Landtagswahl in Sachsen

Liebe Sachsen,
Am 01. September wählen wir einen neuen Landtag.

Sie als Bürger entscheiden dabei, wie es mit unserem Freistaat weiter gehen soll. Die aktuelle Regierung aus CDU, Grünen und SPD unter Führung von Michael Kretschmer ist dabei nicht weniger am Ende als es die Ampel in Berlin ist.

Seit dem Landtagseinzug der AfD vor zehn Jahren bin ich der haushalts- und finanzpolitische Sprecher unserer Fraktion. Ich stehe für eine solide Haushaltspolitik. Wir dürfen heute keine neuen Schulden mehr zulasten kommender Generationen aufnehmen. Das sind wir unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, denen wir nicht die Bürde der Misswirtschaft überlassen dürfen.

Aber nicht nur in der Haushalts- und Finanzpolitik sehen sich unsere Nachfahren vor

Herausforderungen gestellt,

die ihnen die aktuell herrschende politische Klasse hinterlässt, wenn wir nicht gegensteuern. Die Energiepreise steigen, Unternehmen stellen ihre sächsischen Standorte infrage,

das Bildungsniveau sinkt – wenn auch auf vergleichsweise hohem Niveau – die kommunalen Haushalte sind überlastet und die illegale Massenmigration lässt uns so langsam auch in Sachsen fremd im eigenen Land werden, insbesondere in den Großstädten.

All diese Missstände wollen wir angehen. Wir wollen das sächsische Bildungsniveau hochhalten, anstatt uns weiter den schlechtesten im PISA-Vergleich anzupassen. Wir wollen bezahlbare Energie für die Bürger und Unternehmen, indem wir wieder in die Kernenergie einsteigen und insbesondere die Forschung für die Endlagerproblematik weiter fördern. Wir wollen unsere Landkreise, Städte und Gemeinden finanziell so ausstatten, dass sie nicht mehr nur ihre Pflichtaufgaben regeln können, sondern auch wieder in die Weiterentwicklung unserer Heimat investieren können. Und wir wollen die Massenmigration nach Deutschland endlich stoppen. Die Weichen dafür müssen auf Bundesebene gestellt werden. Abschiebungen von ausreisepflichtigen Ausländern sind jedoch Aufgabe des Freistaates Sachsen. Das können wir hier regeln und wir als Alternative für Deutschland wollen das offensiv anpacken.

AM 1.9.
WÄHLEN
GEHEN!

Liebe Sachsen, Sie haben es in der Hand, für eine wirkliche Veränderung in Sachsen zu stimmen. Nur eine starke AfD im Sächsischen Landtag kann diese herbeiführen. Verschwenden Sie Ihre Stimme daher nicht an Splitterparteien, die an der 5%-Hürde scheitern werden, an vermeintlich „geringere Übel“, denen Sie und Ihre Stimme direkt nach der Wahl wieder egal sind und auch nicht an Bündnisse, die gerade noch rechtzeitig das sinkende linke Schiff verlassen haben.

Wählen Sie am 01. September die Alternative für Deutschland zur stärksten Kraft in Sachsen!

Darum André Barth wählen



Jörg Urban
Fraktionsvorsitzender

„André Barth ist eine wichtige Stütze für die Arbeit in unserer Fraktion. Als Haushalts- und Finanzpolitiker hat er sich mit seiner Expertise auch in anderen Fraktionen Respekt erarbeitet. Durch seine Fachkompetenz gelingt es uns seit 2014, in den Haushaltsberatungen unsere politischen Forderungen auch finanziell zu untermauern.“



Steffen Janich
Bundestags-
abgeordneter

„André Barth ist für die Bürger in seinem Wahlkreis jederzeit ein Ansprechpartner. Gemeinsam haben wir die Veranstaltungsreihe ‚Abgeordnete vor Ort‘ etabliert und sind regelmäßig auf dem flachen Land unterwegs. Bürgernähe schreiben sich viele Politiker auf die Fahne – André lebt sie durch seine Präsenz vor Ort!“

Vita – André Barth stellt sich vor ...

Gebohren im Oktober 1969 in Dresden besuchte ich von 1976 bis 1986 die polytechnische Oberschule, die ich mit der 10. Klasse abschloss. Von 1980 bis 1988 war ich Pioniereisenbahner bei der heutigen Parkeisenbahn, sodass für mich folgerichtig eine Berufsausbildung mit Abitur als Facharbeiter für Eisenbahnbetrieb folgte. Von 1989 bis 1991 arbeitete ich dann als Stellwerksmeister auf dem Dresdner Hauptbahnhof. In dieser Zeit erlebte ich den wohl bewegendsten Teil der jüngeren deutschen Geschichte hautnah mit. Als im Herbst 1989 die Züge in Richtung Prag den Dresdner Hauptbahnhof verließen, stellte ich die Signale. Dies hat mich stark bewegt und die folgende Wende hinterließ auch in meiner Biografie einen Umbruch.

Mir eröffneten sich mit der Wiedervereinigung neue Chancen, die ich für ein Studium der Rechtswissenschaften in Dresden nutzte. Nach meinem Abschluss 1996 leistete ich im Folgejahr meinen Wehrdienst und absolvierte mein Referendariat zwischen 1998 und 2000 beim Freistaat Sachsen. Anschließend war ich 14 Jahre als Rechtsanwalt für Mietrecht sowie Bank- und Kapitalmarktrecht tätig. Mit dem Einzug der AfD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2014 wurde ich Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses und der fachpolitische Sprecher für diesen Bereich.

Seit der Kommunalwahl 2014 bin ich auch Kreisrat in unserem Landkreis. Seit kurzem bin ich auch stellvertretender Vorsitzender unserer Kreistagsfraktion. 2019 zog ich in den Stadtrat von Dippoldiswalde ein, dem

ich bis zu meinem Umzug nach Altenberg angehörte. Zur Kommunalwahl in diesem Jahr zog ich dann in den Altenberger Stadtrat ein. Die Verknüpfung von Landes- und Kommunalpolitik ist für mich ein wichtiges Anliegen. Gerade

als Haushalts- und Finanzpolitiker muss ich die kommunale Ebene immer im Blick haben, da dort wichtige Entscheidungen nah am Bürger getroffen werden.

Darum André Barth wählen



Rolf Süßmann
Fraktionsvorsitzender
im Stadtrat
Dippoldiswalde

„Auch in der Kommunalpolitik hat sich André Barth in den vergangenen Jahren einen Namen gemacht. Bis zu seinem Ausscheiden aus dem Stadtrat in Dippoldiswalde war er einer der profiliertesten Stadträte überhaupt. So hat er der Verwaltung immer kritisch auf die Finger geschaut, aber sich gleichzeitig konstruktiv mit eingebracht, wenn es darum ging, Lösungen für die Stadt zu finden – auch über die Parteigrenzen hinweg.“



Holger Hentschel
Haushalts- und
Finanzausschusses

„Die Haushaltsverhandlungen alle zwei Jahre leben maßgeblich von Andrés Initiativen und Ideen, vor allem aber von seiner jederzeit auf Maß und Mitte bedachten politischen Agenda. Steuergeldverschwendung gibt es mit ihm nicht, jede Ausgabe wird auf ihre Sinnhaftigkeit und die gedeckte Finanzierung überprüft. André Barth ist ein Garant für eine solide Haushaltspolitik.“

Impressum:

Herausgeber:
André Barth, MdL
Markt 10,
01744 Dippoldiswalde

Telefon 0351 493 42 11
Email: andre.barth@slt.sachsen.de
V.i.S.d.P.: André Barth, MdL
Web: www.andrebarth.de

Facebook: www.facebook.com/andrebarthmdl
Twitter: www.twitter.com/BarthMdl
Instagram: www.instagram.com/andre_barth_md/

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH
Auflagenhöhe: 20.000 Stück
Ausgabe Nr. 4 / August 2024

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält es sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers.

Kretschmer-CDU: rechts blinken, links abbiegen!

Unser sächsischer Ministerpräsident Kretschmer ist eine Art politisches Chamäleon. Je nach Publikum und Plattform ändert sich sein politischer Standpunkt, teilweise in beeindruckender Geschwindigkeit. Die Sachsen könnten bei so mancher Aussage, die der CDU-Landesvater trifft, auf die Idee kommen, dass in Kretschmers politischer Farbenlehren mehr als nur ein Hauch von blau vorkommt. So sprach sich der Regierungschef schon vor Jahren gegen die Russland-Sanktionen aus – die auch wir als AfD-Landtagsfraktion von Anfang an abgelehnt haben, weil sie in ihren Auswirkungen schweren Schaden für die sächsische Wirtschaft angerichtet haben. Auch beim Wiedereinstieg in die Kernkraft liegt er rhetorisch voll auf AfD-Linie: Wiedereinstieg in die Kernenergie, Ausbau der Forschung für Atomkraftwerke der neuen Generation. Wenn der Ministerpräsident über den Krieg in der Ukraine spricht, könnte man meinen, der Text sei vom Redenschreiber des AfD-Parteivorstandes: Kritik an den Waffenlieferungen in die Ukraine – stattdessen soll eine diplomatische Lösung mit Russland gefunden werden. Dass Kretschmer das AfD-Programm gut gelesen hat, beweist er auch, wenn es um das Thema Migration geht. Von Grenzkontrollen ist er überzeugt (während seiner Zeit als

Bundestagsabgeordneter bis 2017 war seine damalige Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin noch der Auffassung, Grenzen könne man überhaupt nicht kontrollieren), Asylverfahren sollen in sicheren Drittstaaten durchgeführt werden, überhaupt solle auch seiner Meinung nach die Liste der sicheren Drittstaaten erweitert werden und natürlich auch mehr abgeschoben. Angesichts all dieser Positionierungen drängen sich mehrere Fragen auf. Ist Herr Kretschmer etwa ein Fall für den Verfassungsschutz? Oder bereitet



Darum André Barth wählen



Tilo Bretschneider
KfZ-Meister und Stadtrat

„André Barth ist ein Zahlenmensch wie wir ihn brauchen, wenn es um den Haushalt geht. Das ist sein Markenkern aus den beiden zurückliegenden Wahlperioden. Anerkannt nicht nur in seiner Fraktion. Da zieht der politische Gegner spürbar den Kopf ein, wenn er für uns das komplexe Thema Landesfinanzen entwirrt, greifbar und verständlich macht. Mir ist keiner bekannt, der ihm hier das Wasser reichen kann.“

Herr Kretschmer hier gar eine Koalition mit der AfD vor? Und vor allem: Wenn Herr Kretschmer dies in Zeitungsinterviews, bei Bürgerdialogen und Regierungserklärungen ständig wiederholt – dann wird die von ihm geführte sächsische Staatsregierung doch sicherlich diese Themen im Rahmen ihrer Möglichkeiten umsetzen, oder? Weit gefehlt! Die Lippenbekenntnisse des Ministerpräsidenten sind allesamt nichts mehr wert, wenn es um konkretes politisches Handeln geht. Seine Wahlkampfreden stehen den Abstimmungen der CDU im Landtag geradezu diametral entgegen!

Auch beim Thema Haushaltspolitik ist die Kretschmer-CDU nicht mehr das, was die Sächsische Union einst war. Vor fast genau elf Jahren, am 10. Juli 2013, hat eine schwarz-gelbe Koalition in Sachsen mit Stimmen aus der Opposition ein Neuverschuldungsverbot in die Verfassung des Freistaates aufgenommen. Gut ein Jahr später zogen wir als Alternative für Deutschland erstmals in den sächsischen Landtag ein. Seitdem stehen wir für diese „Schuldenbremse“, wie sie im Volksmund oft genannt wird, wie keine zweite Fraktion im Parlament. Denn was wir seitdem erleben, ▶



Download-Möglichkeit, der darunter aufgeführten und durch die Kenia-Koalition abgelehnten AfD-Anträge, als PDF-Dokument



AfD-Antrag: „Rückführungsoffensive“ – jetzt! Sofortige Durchsetzung der Ausreisepflicht – ABGELEHNT
https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=34229



AfD-Antrag: Deutsche Interessen wahren – Ölembargo gegen Russland beenden – ABGELEHNT
https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=24703



AfD-Antrag: „Verhandeln“ ist ein mutiges Wort – Gemeinsam für den Frieden – ABGELEHNT
https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=33702



AfD-Antrag: Energiereform jetzt – Wiedereinstieg in die Kernenergie – ABGELEHNT
https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=29939



AfD-Antrag: Asylrecht gründlich überarbeiten: Es gibt kein Recht auf Wirtschaftsmigration! – ABGELEHNT
https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=31435



AfD-Antrag: Unkontrollierte Massenmigration verhindern – Grenzen sichern – ABGELEHNT
https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=23891

ist der Versuch, die Schuldenbremse aufzuweichen. Allen voran Linke, Grüne und SPD würden es damit gerne weniger genau nehmen und auch in der CDU steht das Neuverschuldungsverbot bei nicht wenigen zur Disposition. Mag es aus eigener Überzeugung sein, oder um den grünen und roten Koalitionspartnern zu gefallen...

Die Union ist zu einem Verein geworden, dessen einziger Vereinszweck der Machterhalt ist. Für Posten und Pöstchen werden jegliche Überzeugungen über Bord geworfen. Dass es in der Politik auch um Macht geht, ist eine Binsenweisheit. Macht muss jedoch das Mittel zum Zweck sein, nämlich um die eigenen politischen Ziele umzusetzen, für die man vom Wähler gewählt wurde. Zum Selbstzweck darf Macht niemals verkommen, denn das sorgt für Filz; für Strukturen, in denen nicht die Besten nach oben kommen, sondern diejenigen, die sich am besten nach oben durchboxen können. Dieser Typus von Politikern ist mittlerweile sinnbildlich für die Union geworden.

Die Union wird geführt von Politikern, die das eigene Fortkommen im Sinn haben, die Brandmauern errichten, aber den Bürgerwillen längst aus dem Sinn verloren haben. Wenn es nicht so wäre, würde die CDU endlich dem Willen der Mehrheit der Sachsen nachkommen und eine konservativ-bürgerliche Regierung bilden, die eine Politik für die Sachsen macht, die die Probleme der Menschen im Freistaat angeht und keine Randnotizen zu veritablen politischen Problemen aufbauscht.

Darum André Barth wählen



Jan Zwerg
parlamentarischer
Geschäftsführer und
Generalsekretär der
AfD Sachsen

„Als ‚König des Zwischenrufs‘ hat sich André Barth im Sächsischen Landtag einen Namen gemacht. Seine Beiträge beleben die Debatte im Sächsischen Landtag und wenn er zum Rednerpult schreitet, haben die Abgeordneten der anderen Fraktionen manchmal förmlich die Schweißperlen auf der Stirn stehen. Zwischenfragen von ihm lassen die meisten Redner schon gar nicht mehr zu. Seine Redebeiträge sind sachkompetent, aber auch unterhaltsam.“

Mein Gegenkandidat von der CDU im Wahlkreis, Lars Werthmann, ist als „Quereinsteiger in die Politik“ auf den ersten Blick sicherlich nicht in diese Kategorie einzuordnen. Aber auch hier gilt: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Im Interview mit FRM-TV sagte Werthmann, die Grünen seien für ihn kein Koalitionspartner. Gleichzeitig nennt er auf die Frage nach seinem politischen Vorbild Michael Kretschmer. Genau den Mann also, der die Grünen in Sachsen erstmals in die Regierung geholt hat.

Werthmann hat zudem angekündigt, in seinem Wahlkampf die Bürgermeister im Wahlkreis zu besuchen. Dies ist zwar grundsätzlich ein ehrbares Anliegen. Aber unser Ziel als Abgeordnete muss es sein, für die Bürger da zu sein und nicht für die Bürgermeister. Ich möchte der Abgeordnete aller Bürger in unserem Wahlkreis werden. Und wenn ich das Direktmandat erringe, werde ich auch und vor allem der Abgeordnete derjenigen sein, die mir (noch) nicht ihre Stimme gegeben haben.

Die CDU hat sich von ihrer Rolle als DIE sächsische Volkspartei immer weiter entfernt. Die Sachsen sind mehrheitlich Konservative, die sich von der linksgedrehten Union nicht mehr vertreten fühlen. Unter Verantwortung der CDU auf Bundes- und Landesebene wurde die schon angesprochene Energiewende umgesetzt, wurden die Grenzen für Millionen von Fremden geöffnet, wurden Lehrstühle für Gender Mainstreaming an deutschen Universitäten geschaffen, wurde die Frühsexualisierung unserer Kinder in den Schulen vorangetrieben, die Wehrfähigkeit unseres Landes aufs Spiel gesetzt und die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene mehr als nur eingeschränkt.

Doch nicht nur in diesen harten politischen Fakten ist die sächsische CDU unter Kretschmer keine Alternative für Konservative oder freiheitliche Patrioten. Kretschmer wird nicht müde, die Grünen in der Regierung fortwährend zu kritisieren und den Wunsch, nach der kommenden Landtagswahl ohne sie weiter zu regieren, zu betonen. Gleichzeitig wird die von ihm immer wieder bekräftigte „Brandmauer“ zur AfD immer weiter gefestigt. Wie möchte der Ministerpräsident dann regieren?

Mit einer anti-nationalen Einheitsfront, einem Pakt von CDU und Kommunisten? Mit dem neuen „Bündnis Sarah Wagenknecht“ (BSW), zu dem er bislang eine klare Abgrenzung vermeidet? Lassen Sie sich davon keinen Sand in die Augen streuen und bedenken Sie vor allem, dass beim sächsischen BSW nicht etwa Frau Wagenknecht selbst zur Wahl steht, sondern vor allem ehemaliges Personal der Linkspartei. Mit Spitzenkandidatin Sabine

Zimmermann steht eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linkspartei (2005-2021) an der Spitze. Mit Uta Knebel findet sich auf Listenplatz 6 eine langjährige Kreis- und Stadträtin der PDS und Linkspartei wieder, die im Jahr 2016 noch zur Meißner Kreisvorsitzenden gewählt wurde. Einen ihrer ehemaligen Kreisvorsitzenden-Kollegen haben die BSW-Genossen mit Listenplatz 5 ausgestattet. Lutz Richter stand dem Kreisverband der Linkspartei im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge vor, war seit 1999 Kreisrat für die PDS und von 2014-2019 linker Landtagsabgeordneter. Sind das Kretschmers neue Verbündete?

Ankündigungen und Handeln stehen beim sächsischen Ministerpräsidenten nicht miteinander im Einklang. Rechts blinken und dann links abbiegen, so kann man sein Handeln zusammenfassen. Wer im Straßenverkehr rechts blinkt und anschließend links abbiegt, gefährdet den Straßenverkehr und bekommt einen Strafzettel. Wer dies in der Demokratie tut, gefährdet die Demokratie. Für den Strafzettel ist der Wähler in Form des Wahlzettels zuständig. Sie haben es in der Hand!

Darum André Barth wählen



Lothar Hoffmann
Kreisvorsitzender

„André Barth ist einer unserer Aktivposten im gesamten Kreisverband. Neben seinem Landtagsmandat ist er seit 2014 auch im Kreistag aktiv und hilft unserer Fraktion dort mit seinem Fachwissen weiter. Unsere ehrenamtlichen Kreisräte können sich auf ihn verlassen, wenn sie einmal Fragen haben oder einen Rat brauchen. Auch im Kreisverband übernimmt er vielfältige Aufgaben und trägt damit seinen Teil zum Erfolg unserer Partei im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bei.“



**Auch in unruhigen Zeiten ist auf eine Sache Verlass:
Ich setze mich für Sie im Landtag ein!**

Sie möchten diese Zeitschrift digital als PDF-Version* erhalten? Bitte senden Sie eine E-Mail an: andre.barth@slt.sachsen.de

*) Durch die ehrenamtliche Verteilung dieser Zeitschrift kann die Zustellung leider nicht in jedem Fall garantiert werden. Durch die digitale PDF-Version von **NACHGEHAKT** bleiben Sie einfach immer auf dem Laufenden!



André Barth
MITGLIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES



Die Zweitstimme zählt!

Am 01. September haben Sie 2 Stimmen auf dem Wahlzettel. Mit der Erststimme wählen Sie den Direktkandidaten des Wahlkreises. Der Kandidat mit den meisten Stimmen zieht direkt in den Sächsischen Landtag ein. Der Freistaat wird unterteilt in 60 Wahlkreise, sodass durch die Erststimme 60 Sitze vergeben werden.

Mit der Zweitstimme wählen Sie die Landesliste der jeweiligen Partei. Diese ist maßgeblich für die Zuteilung der Sitze an die jeweilige Partei. Die Zweitstimme entscheidet also prozentual über die Zusammensetzung des Landtages – je mehr Zweitstimmen eine Partei erhält, umso mehr Sitze erhält diese im Parlament. Im Regelfall werden weitere 60 Sitze über die Zweitstimmen vergeben, sodass die Regelgröße des Landtages 120 Sitze beträgt. Erreicht eine Partei weniger als 5% der Stimmen, so erhält sie keinen Sitz.

Hat eine Partei durch direkt gewonnene Wahlkreise mehr Sitze erhalten, als ihr nach dem Zweit-

stimmenergebnis zustünden, so hat diese Überhangmandate erhalten. Die anderen Parteien werden bei zu vielen Überhangmandaten anteilig durch Ausgleichsmandate „entschädigt“, sodass das Kräfteverhältnis wieder proportional abgebildet wird.

Hat eine Partei weniger Direktmandate errungen, als ihr Sitze zustehen, werden die verbliebenen Sitze nacheinander mit den Kandidaten auf der Landesliste der Partei besetzt.

Entscheidend für die Frage, wie Sachsen künftig regiert wird, ist also die Anzahl der Zweitstimmen. Unser Ziel ist es, die Machtfrage im Freistaat stellen zu können. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung in Form Ihrer Stimme. Insbesondere kleinere Parteien werden dies nicht leisten können, weil sie teilweise Gefahr laufen, an der 5%-Hürde zu scheitern. Diese Stimmen fehlen dann letztlich im Landtag. Nur mit einer starken AfD kann der Wechsel gelingen!

Der Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge gewinnt

Unterstützen Sie unsere politische Arbeit mit Ihrer Spende:

Kreisverband AfD SOE

Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE61 8505 0300 0225 7353 69
BIC: OSDDDE81XXX
Verwendungszweck „Wahlkreis 49“

Paypal
paypal@afd-soe.de



Kreisverband
Sächsische Schweiz-
Osterzgebirge



Wenn die Brandmauer bröckelt, die Demokratie jedoch trotzdem verliert

Die Legislatur neigte sich dem Ende. Dennoch standen auf der letzten Tagesordnung des Stadtrates Dippoldiswalde vom 19.06.2024 eine Vielzahl von Themen, die ihrer Abarbeitung entgegensahen. So auch ein heikler Punkt, nämlich die Vorentwurfsbilligung der Photovoltaikfreiflächenanlage der Tilia GmbH. Als ob Dippoldiswalde nicht schon erhebliche Flächen für die Verglasung der Natur freigegeben hat, nein es musste eine weitere her.

Klar war, dass wir als AfD geschlossen dagegen stimmen würden. Bei den anderen Fraktionen war dies nicht klar. Die Abstimmung wurde also durchgeführt... und man mag es kaum glauben, die ganze CDU-Fraktion stimmte ebenfalls dagegen. Damit war der Antrag auf weitere Versiegelung der Landschaft abgelehnt. So weit so gut, 2 Fraktionen freuten sich, die Brandmauer hielt wieder mal nicht. Schönen Abend noch und eine erholsame sitzungsfreie Zeit, wir sehen uns in neuer Zusammensetzung im August.

Doch es vergeht eben kein Monat in diesem „besten Deutschland aller Zeiten“ ohne eine undemokratische Entscheidung.

Es gibt ja eine Sächsische Gemeindeordnung und darin den §52. Dieser besagt, dass gegen einen mehrheitlich gefassten Beschluss des Stadtrates der Bürgermeister in Widerspruch gehen kann, nicht muss, wenn das Wohl der Stadt eventuell, vielleicht unter Umständen gefährdet sein könnte. Sprich, wenn dem Bürgermeister, hier der Bürgermeisterin, der Beschluss nicht passt.

Weiter heißt es im Gesetz, dass dann eine Sitzung anberaumt werden muss. Wenn der Beschluss dann immer noch nicht das Wohlwollen des Stadtoberhauptes genießt, dann kann wieder in Widerspruch gegangen werden und der Beschluss der Rechtsaufsicht, sprich: dem Landratsamt, vorgelegt werden.

Also kurz gesagt, es wird solange „gewählt“ bis es passt. Thüringen und die Ministerpräsidentenwahl, welche von Merkel rückabgewickelt wurde, lassen grüßen.

Bisher konnte mir keiner so recht erklären, wozu denn dann ein Stadtrat notwendig ist, wenn gegen jeden Beschluss, der nicht die Gnade des Bürgermeisters findet, Widerspruch möglich ist.

Ich zweifle hier stark am demokratischen Findungsprozess und bin der Meinung, dass derartige



Paragrafen abgeschafft gehören. Wozu den Bürger fragen, wenn dessen Meinung am Ende nur gehört wird, wenn sie passend ist?! So verprellt man letztendlich auch ehrenamtliche Mitglieder der Gremien, die sich dann fragen, warum sie sich die Nacht um die Ohren schlagen sollen in ellenlangen Abendsitzungen, wenn der Bürgermeister eigentlich auch ohne sie entscheiden kann und das auch tut.

Liebe Leser, sollten wir je die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung haben, so forsten wir die Gesetze nach solchen Paragraphen durch und schmeißen diesen Mist aus den Verordnungen raus!

Wir brauchen hier nicht von landesweiten Volksentscheiden zu reden, wenn es schon im Kleinen nicht möglich ist, die Beschlüsse der vom Bürger gewählten Gremien durchzusetzen.



Autor:
Rolf Süßmann
Fraktionsvorsitzender der
AfD in Dippoldiswalde

AfD wirkt ...und wirkt

Auch in der Opposition kann die AfD im Sächsischen Landtag vieles erreichen. Wir konnten die Regierung in vielen Fällen zum Jagen tragen. Beispiele gefällig?



Mehr Ärzte aufs Land

AfD beantragt: Im Februar 2017 beantragte die AfD die Landarztquote (Drs. 6/8490) und legte drei Jahre später erneut einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. (7/1941)

Abgelehnt, aber dann... Im Juni 2021 präsentierte die Regierung ein eigenes Landarztgesetz. (7/6673)
...mit dem Ergebnis: Ab Oktober 2022 beginnt das Studium. Neue Landärzte stehen damit aber erst ab 2028 bereit. Leider wurde viel Zeit verschenkt und die AfD plante ein weit umfangreicheres Programm.



Windräder auf Abstand

AfD beantragt: Im Juni 2021 beantragte die AfD einen verpflichtenden 1.000-Meter-Abstand von Windrädern zum nächsten Wohnhaus. (7/6705)

Abgelehnt, aber dann... Ein Jahr später, am 1. Juni 2022, schreibt die Regierung einen 1.000-Meter-Abstand zu kleinen Siedlungen vor.

...mit dem Ergebnis: Immerhin ein Teilerfolg! Leider gilt die Regelung erst ab fünf Häusern. Außerdem wird die 1.000-Meter-Grenze durch Repowering unterlaufen. Alte Windräder können noch immer durch neue, hohe Anlagen ersetzt werden.



Recht auf Widerstand

AfD beantragt: Die Regierung schränkte die Versammlungsfreiheit auf zehn Teilnehmer ein. Die Wiederherstellung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit beantragte die AfD am 29.12.2021. (7/8539)

Abgelehnt, aber dann... Am 15.01.2022 änderte die Regierung die Coronaschutz-Verordnung und hob die strikte Begrenzung auf.

...mit dem Ergebnis: Ohne Druck der AfD und der Straße wäre die Versammlungsfreiheit so schnell nicht wiederhergestellt worden.



Ausbau vom Breitband

AfD beantragt: Am 27.09.2021 beantragte die AfD, den Breitbandausbau über das „Graue Flecken Programm“ mit Landesmitteln zu unterstützen. (7/7748)

Abgelehnt, aber dann... Die Regierung setzte das am 15.03.2022 um.

...mit dem Ergebnis: Auch wenn Zeit verloren ging, auf Druck der AfD bewegt sich die Regierung langsam in die richtige Richtung.

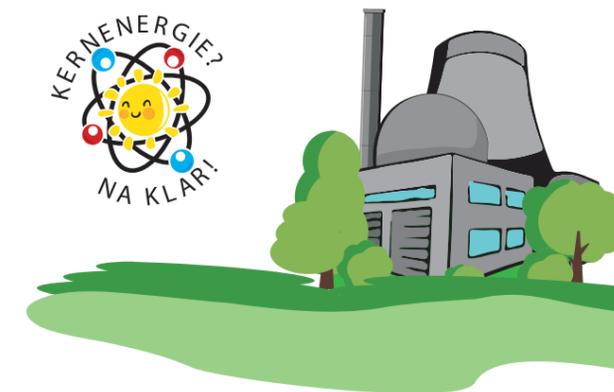


Mitbestimmen in Deutschland

AfD beantragt: Am 11.06.2020 reichte die AfD den Gesetzentwurf für mehr direkte Demokratie ein. (7/2702)

Abgelehnt, aber dann... Die Regierung kündigte im Koalitionsvertrag zwar geringere Hürden für Volksentscheide an, stimmte unserem Gesetz aber nicht zu.

...mit dem Ergebnis: Auf mehr direkte Demokratie müssen die Sachsen leider immer noch warten. Wir bleiben am Thema dran!



Energiesicherheit mit Verstand

AfD beantragt: Am 02.02.2021 beantragte die AfD den Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke. (7/5414)

Abgelehnt, aber dann... Am 25.05.2022 teilte Ministerpräsident Michael Kretschmer der Presse mit, er spreche sich für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke aus.

...mit dem Ergebnis: Wir sind zuversichtlich, dass die Kernkraft eine Zukunft hat. Denn Beharrlichkeit zahlt sich aus.

Eine bessere Politik ist wählbar!

Unsere wichtigsten Anliegen nach der Landtagswahl

- **Konsequent abschieben – und zwar alle Ausreisepflichtigen!**
- **Schluss mit Gendersprache – in Bildung und Verwaltung!**
- **Wirtschaftsunterricht mit Praxisteil ab der 7. Klasse.**
- **Lehrer-Ausbildung auf dem Land – für das Land!**
- **Rundfunkzwangsgebühr abschaffen!**
- **Ein modernes Kernkraftwerk in der Lausitz bauen!**
- **Verschandelung unserer Landschaften durch Windräder beenden!**
- **Bauen und Wohnen muss wieder bezahlbar sein. Steuern senken (Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, CO2-Abgabe, ...)!**
- **Heizungsverbote aufheben!**
- **Elternbeiträge für Kindergärten und Kinderkrippen senken!**
- **Kostenloses und gesundes Schulessen einführen!**
- **Mehr Ärzte aufs Land – medizinische Versorgung sichern!**
- **Mehr Geld für familiäre Pflege!**
- **Eigenanteile in der stationären Pflege absenken!**



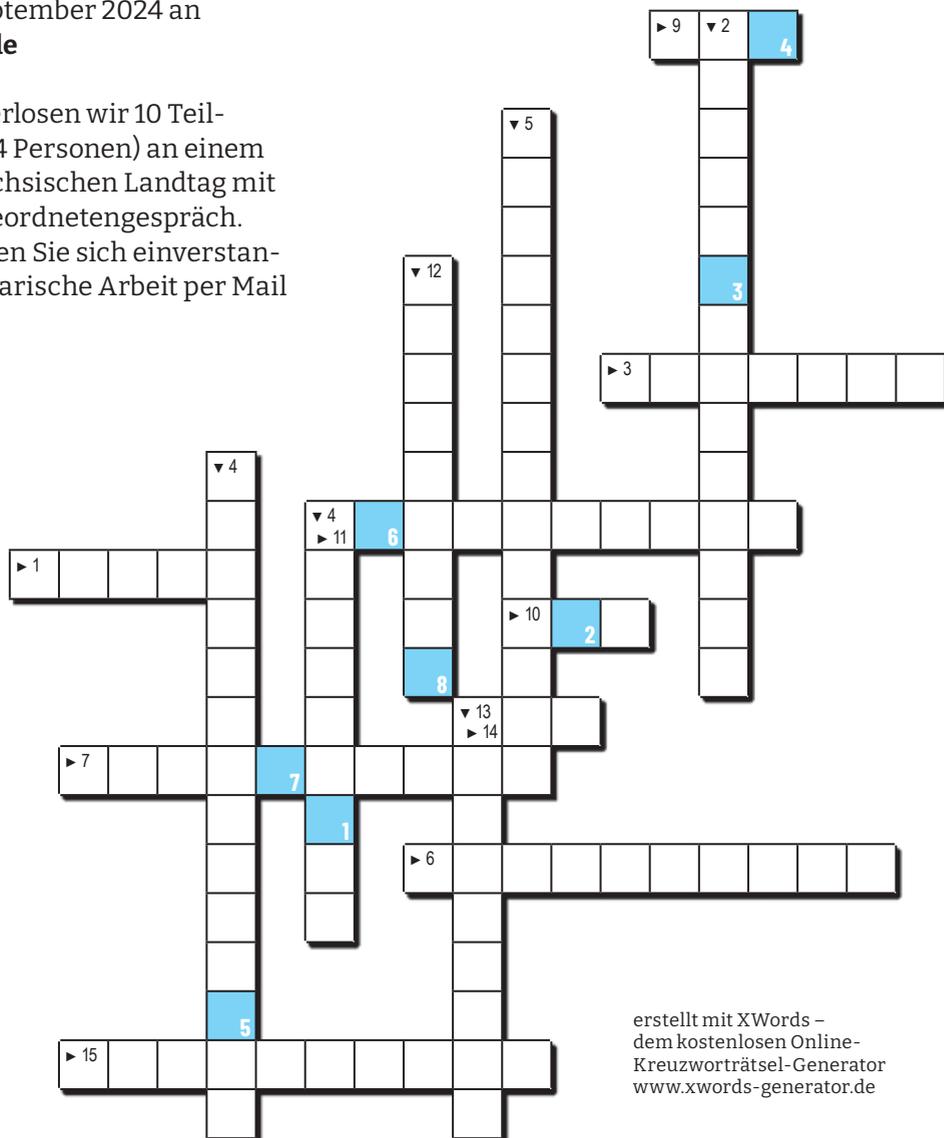
GEWINNSPIEL

Lösen Sie das Kreuzworträtsel und senden Sie das Lösungswort bis zum 8. September 2024 an andre.barth@slt.sachsen.de

Unter allen Teilnehmern verlosen wir 10 Teilnahmen (für jeweils bis zu 4 Personen) an einem Informationsbesuch im Sächsischen Landtag mit Landtagsführung und Abgeordnetengespräch. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich einverstanden, über meine parlamentarische Arbeit per Mail informiert zu werden.

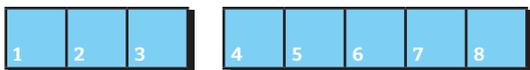


Informationsbesuch im Sächsischen Landtag mit Landtagsführung und Abgeordnetengespräch



erstellt mit XWords – dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator www.xwords-generator.de

Lösungswort



1. AfD-Spitzenkandidat (Nachname)
2. umgangssprachlich für Neuverschuldungsverbot
3. Sächsisches Parlament
4. Aktueller sächsischer Ministerpräsident
5. Stadt im Wahlkreis 49
6. hat die CDU angeblich zur AfD errichtet
7. Staatsform, die sich u.a. durch freie Wahlen auszeichnet
8. umgangssprachlich für die CDU/Grüne/SPD-Koalition
9. Bündnis Sarah Wagenknecht (Abk.)
10. Stärkste Partei bei der Europawahl in Sachsen
11. Stabile Möglichkeit der Energieversorgung
12. in Artikel 16a Grundgesetz geregelt
13. Ein- und Auswanderung
14. Mitglied des Bundestages (Abk.)
15. im Parlament vertreten, aber nicht an der Regierung beteiligt